

Schutz der Zivilbevölkerung im Sudan: Forderung nach UN-Mission

Human Rights Watch fordert eine UN-Mission im Sudan zum Schutz vor verbreiteter sexualisierter Gewalt seit Konfliktbeginn 2023.

Die Berichte über sexuelle Gewalt im Sudan, die seit April 2023 während des anhaltenden Konflikts zu einem besorgniserregenden Anstieg gekommen sind, werfen ein grelles Licht auf die aktuelle Sicherheitslage im Land. Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch fordert dringende Maßnahmen zum Schutz von Zivilisten, insbesondere von Frauen und Mädchen, die unverhältnismäßig von diesen Gräueltaten betroffen sind.

Die Dringlichkeit einer internationalen Mission

Angesichts der weitverbreiteten Berichte über sexualisierte Gewalt empfiehlt Human Rights Watch die Einsetzung einer UN-Mission, die über ein „robustes Mandat“ verfügen sollte. Die Mission würde sich primär auf die am stärksten betroffenen Regionen konzentrieren, darunter auch Darfur, wo Menschenrechtsverletzungen besonders ausgeprägt sind.

Ein Aufruf zur Verantwortung

Hala Al-Karib, Regionaldirektorin der Strategischen Initiative von Frauen am Horn von Afrika (SIHA), verlangt darüber hinaus die Schaffung eines internationalen Tribunals, um die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen. Dies stellt einen

wichtigen Schritt dar, um den Opfern Gerechtigkeit zu ermöglichen und die Täter zu bestrafen.

Die Stimmen der Betroffenen

Eine Untersuchung, die auf Interviews mit Fachleuten im Gesundheitswesen basiert, zeigt, dass „kein Zivilist sicher“ ist. Mehrere Berichte belegen die alarmierende Zunahme von Zwangsverheiratungen, Vergewaltigungen und sexueller Versklavung. Betroffene Frauen und Mädchen, oft erst im jungen Alter von neun Jahren, zögern jedoch häufig, medizinische Hilfe in Anspruch zu nehmen. Das ist vor allem auf das tief verwurzelte soziale und kulturelle Stigma zurückzuführen, das damit verbunden ist, Opfer sexualisierter Gewalt zu werden.

Die humanitäre Krise im Sudan

Seit mehr als einem Jahr kämpfen im Sudan die Kräfte des De-facto-Machthabers Abdel Fattah al-Burhan und seines früheren Stellvertreters Mohamed Hamdan Daglo um die Herrschaft. Dieser blutige Machtkampf hat nach Angaben der UN zur Flucht von fast zehn Millionen Menschen geführt und die humanitäre Lage im Land dramatisch verschärft.

Einsatz für einen nachhaltigen Frieden

Die Situation zeigt die Notwendigkeit auf, nicht nur kurzfristige humanitäre Hilfe zu leisten, sondern auch langfristige Lösungen zu entwickeln. Eine internationale Unterstützung durch eine UN-Mission könnte nicht nur den Opfern helfen, sondern auch zur Stabilität und Sicherheit im Sudan beitragen. Die internationale Gemeinschaft ist gefordert, Maßnahmen zu ergreifen, um das Leid der Zivilbevölkerung zu lindern und den Schutz von Frauen und Mädchen in Krisenzeiten zu gewährleisten.

- **NAG**

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de